

Kommentar

VON PETER VON NEUBECK

Thema Flutpolder

» pvnebeck@donau-zeitung.de



Studie für den Süden wäre sinnvoll

Professor Dr. Peter Rutschmanns Antwort war eindeutig, während Ministerin Ulrike Scharf überhaupt nicht darauf einging, als am vergangenen Montagabend in der Höchstädter Nordschwabenhalle im sogenannten Dialogverfahren die Frage gestellt wurde, ob man auch untersucht habe, die Polder südlich der Donau zu bauen und mit dem Riedstrom zu verbinden.

Rutschmann erklärte, dass es die „politische Vorgabe“ gegeben habe, die Polder nördlich der Donau zu planen, also in direkter Nachbarschaft zur Bebauung anstatt im fast leeren Donauried. Er könne eine solche Studie aber schon erstellen, wenn er dafür den Auftrag erhalten würde. Nur ist zu befürchten, dass im Umweltministerium niemand bereit ist, ihm einen solchen Studienauftrag zu erteilen.

Warum? Es deutet alles darauf hin, dass ein gesicherter Riedstrom, für den nicht erst mit Millionen-Investitionen Bauwerke errichtet werden müssen, und der sozusagen von alleine funktioniert, den Wasserwirtschaftlern für den Hochwasserschutz viel zu viel wert ist, als dass sie ihn durch eine kombinierte Polderlösung infrage stellen wollten. Warum auch? Es klappt ja – und die jeweils geschädigten Bauern wird man schon irgendwo entschädigen.

Aufschlussreich wäre eine Studie für den Süden allemal. Und sei es nur, dass man definitiv wüsste, dass es eben technisch nicht geht, Polder und Riedstrom zu verbinden. So aber bleibt ein schaler Geschmack, als sei nicht alles versucht worden, den Norden zu entlasten.

In Höchstädt gibt es laut Wasserwirtschaftsamt-Chef Ralph Neumeier aber ja noch andere „Knackpunkte“. Sie betreffen vor allem die Sicherung der Durchflüsse von Kloster-, Pulver- und Leitenbach. Gelingen sie nicht, ist der Polderplan dort gestorben. Das heißt auf der anderen Seite, dass die Planer alles tun werden müssen, eine für Stadt und Bevölkerung verträgliche Lösung zu finden.

Klageandrohung Dillingens und Blindheims hin oder her, realistisch darf man davon ausgehen, dass die Gebiete vorläufig gesichert werden, damit niemand auf dumme Gedanken kommt, und dann erst mit der Detailuntersuchung und Planung begonnen wird. Eine Sisyphusaufgabe für die Wasserwirtschaftler, die wahrlich nicht zu beneiden sind, die politischen Vorgaben technisch möglich machen zu müssen.